

Luzerner Tagblatt.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

N^o. 87.

Inserionspreise:

Der Stadt und Kantons Anzeiger und die auf die Anzeigerblätter gesetzten Anzeigen die einpaltige Zeitzeile oder deren Raum . . . 10 Cts.
Wiederholungen . . . 8
Für die dritte Jahrgang und das Ausland:
Die einpaltige Zeitzeile oder deren Raum 15 Cts., Wiederholungen 10 Cts.
Preis der Restame-Zeile (Zeit-Schicht): 40 Cts.
Inserat-Annahme (größer bis 10 Uhr, kleinere bis 10 1/2 Uhr) in den Expeditionen-Büreau St. Jakobsvorstadt Nr. 11

Abonnementspreise:

Die Post bestellend Fr. 12. 80 6 Monate Fr. 3. 40
Für Luzern zum Abingen " 12. — " 6 — " 3. —
" " " " " 10. — " 5. — " 2. 50
Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Redaktions- und Expeditionen-Büreau: St. Jakobsvorstadt Nr. 11
Ziffare der Expedition am Kommtort.

Freitag,

Gratix-Belagen

Lebendige Zeitung der demokratischen Bewegung, "Wochenblatt der Unterhaltungen" "Wöchentliches Blatt der "Gesellschaftsblätter", Gemeinnützige Blätter.

Gratix-Belagen

14. April 1893.

Inhalt der Beilage: Eigenschaftsliste. — Ausland. — Vermischte Nachrichten. — Marktberichte.

Luzerner Geschichtskalender.

14. April.

1410. Der Meier und Widenschof und der Kirchengesang zu St. Niklaus kommen als Zeugen an den Spital in Luzern (und durch Kauf um 1200 Rhein. Gulden am 23. Oktober 1419).
1482. Rat und Gerechtigkeit setzen einen um 100 Rhein. Gulden, weil er zu leichtes Gewicht gebracht und dazu nicht gelangt!
1561. Die sieben katholischen Orte erklären (zu Baden), alles anzunehmen und zu vollziehen, was die Kirchensynode am 27. Juni (13. Dezember 1545 bis 4. Dezember 1563) in Baden bei Baden und der Reformation der Kirche beschließen würde.
1759. Gründung der Normal- und Lehrerschule in Luzern (Bauhof zur Bildung von Volksschullehrern) im Kloster St. Urban, unter P. Kraus und P. Brunner. (1806 Verlegung nach St. Niklaus, als Land- und Lehrerschule, 1809 nach Wädwil, 1812 nach Luzern, 1830 als Lehrerseminar besser organisiert, 1841 bis 1847 wieder in St. Urban, 1849 bis 1867 in St. Niklaus, 1867/68 in Luzern, seit 1868 in Högstr.)

Ein neues Programm.

Wenn schöne Programme allein die Menschheit glücklich machen könnten, so wären wir Schweizer für alle Zeiten geboren. Seit einem Jahre ist bei uns in Aufstellung von Parteiprogrammen Eifer geübt worden. Die freisinnigen Luzerner mit Bezug auf den Kantonsrat, die freisinnigen der Luzernerischen Bundesversammlung, die Bürgerdemokraten, die radikal-demokratischen Linke der Bundesversammlung, die Demokraten, die Liberalen und die Ultramontanen des Vargaus und andere haben ihre vorläufige Aktion die richtige Grundlage zu schaffen. Daneben wurden sonstige Anläufe genommen, um der öffentlichen Meinung mittels eigener Programme, wie Propaganda, Broschüren und dgl., aufzufallen, Anläufe, die freilich nicht immer einen wirklichen Reformbedarf einspringen, sondern oft nur das Resultat parteipolitischer Kombination und Spekulation waren oder vielmehr auch Wahlkampagnen vorbereiten sollten. Alles das, Programm und Initiative, begreifen, vertragen, das mancherlei Stoff zur Unruhe, aber auch der Wille vorhanden ist, vorhandene Bedürfnisse zu befriedigen, nur schade, daß es öfters beim guten Vorhaben stehen bleibt!

Auch das ehemalige Zentrum der Bundesversammlung, das aus überaus tüchtigen und verdienstvollen Männern besteht, aber in manchen Fällen, wo es sich um politische und soziale Fortschritt handelt, allzuoft brummt, hat das Bedürfnis empfunden, sich ein Programm zurecht zu legen, damit nicht nur wir andern, sondern auch seine eigenen Leute wieder einmal zu wissen, was sie eigentlich wollen. Das Programm lautet:

1. Förderung und Kräftigung des eigentlichen Staatsgeistes, insbesondere in Bezug auf die Erziehung von Mächtigen und Weisheiten. 2. Praktische und volkswirtschaftliche Reformen; Bekämpfung bürokratischer Tendenzen. 3. Beibehaltung der Majestät des Bundesrates durch die Bundesversammlung. 4. Ausbau der Volkswirtschaft in einer die geistige und materielle Fortentwicklung weisere Staatsweilens störenden Weise; Sicherung des Eigentums. 5. Förderung des allgemeinen und beruflichen Unterrichts mit Unterstützung durch den Bund. 6. Schutz der Glaubens- und Gewissensfreiheit gegen Übergriffe von irgend welcher Seite. 7. Billige Vertretung der Bundesbürger in den Bundesorganen. 8. Volkswirtschaftliche: 7. Vorbereitung einer Verstaatlichung der Eisenbahnen, welche den Landescredit und die finanziellen Interessen der Eigenossenschaft zu wahren und die Verkehrsinteressen zu fördern geeignet ist; Unterbänken der Eisenbahnen für Alpenbahnen im Osten und Westen der Schweiz. 8. Landesbank mit Notenmonopol, unter Mitwirkung und Aufsicht des Bundes und Beteiligung der Kantone am Gewinne. 9. Förderung von Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie. Eigenschaftsliste: 10. Aufgehobener Staatlich für die wirtschaftliche Schwachen; 11. Unterstützung der internationalen Fortschrittsbewegung und Bekämpfung der Konkurrenz; 12. Bundesgesetz betreffend die Forderung von Arbeitsmitteln.

Die neue Fraktion nennt sich liberal-demokratische Gruppe.
Das neue Programm hat den seltenen Vorzug, daß es fast allen Seiten gefällt. Die Konservativen sind sehr zufrieden; denn die Schweizer sind vollständig. Die Sozialisten finden, wie das "Bern. Tagbl." sagt, auch im wahren Sinne immer weniger Widerstand; eine Verstaatlichung ist als Bedürfnis genügend anerkannt; die radikale Politik ist sehr gut, da es für jeden, der die Besitzverhältnisse

verleihen möchte, eine Drohung sei, während die Linke immer nur von rechtlichen Übergriffen rede u. s. w.

Geradezu entsetzt ist die "Düsseldorfer", die bekanntlich ein sehr sanguinisches Temperament besitzt; man habe es hier mit Karren Begriffen, nicht mit Worten zu tun. Am meisten hat es ihr angetan die "Bekämpfung der bürokratischen Tendenzen". Nicht einverstanden ist sie damit, daß der Betrag des Tabakmonopols dem Bund allein zukommen solle; die Kantone sollen "mehr" zwei Drittel erhalten! Die demokratischen Blätter konstatieren mit Vergnügen, daß auch die Herren vom Zentrum es für nötig halten, sich ein demokratisches Mandat einzuholen. Auch die Radikaldemokraten können im großen und ganzen den neuen Programmen zustimmen, da es der Hauptzweck nach ein Abkürzen des 17-jährigen ist. In einigen Punkten, die besondere Schwierigkeiten bieten, weicht es vom radikal-demokratischen ab, und da finden wir darin förmliche Kritik der "Karren Begriffen" phrasenhafte Beschwommenheit, so in dem Satz, der von den Radikalen handelt: "Ausdehnung der Volkswirtschaft zum Zwecke der moralischen und materiellen Förderung unserer nationalen Lebens, Gleichzeitigen in der Ausübung des Nützlichkeitsprinzips." Es sagt nichts von der Organisation der Nationalität und von der "Verfassungsmäßigen Garantie für Gewährung der Volkswirtschaft in Kantonen und Gemeinden". Die Verstaatlichung der Eisenbahnen wird auf "Studien und Vorbereitungen in Sachen der Nationalisation" reduziert. Die Bundesbank soll Privatbank, nicht Staatsbank sein. Der Schulrat hat eine jüdische Fassung, spricht aber nicht nur von der Volksschule, sondern auch von der beruflichen Ausbildung. Mit der "Unterstützung von Landwirtschaft, Handel und Gewerbe" sind schließlich auch die Radikaldemokraten einverstanden, obwohl dieser Punkt nicht in ihrem Programm steht.

In der eidgegenständlichen Politik wird das von den Toren aufzuhebende Zentrum seine Bemerkung herbeiführen. Seine fünfundsiebzig Mitglieder werden in grundsätzlichen Fragen in der Regel mit den Radikalen gehen, und es gibt unter ihnen solche, die in gewissen Beziehungen weiter vorgeschritten sind, als mancher Angehörige der Linken. Für politische Fortschritte wird die neue Gruppe eher zu haben sein, als für soziale Reformen; hier namentlich wird sie temperierender wirken wollen. Es freut mich vor allem, daß sie einverstanden für die Eigenossenschaft eintritt.

Programme hätten wir nun in Güte und Fülle; wenn jetzt nur auch mit ihrer Durchführung Ernst gemacht wird!

Eidgegenossenschaft.

Schiedsgericht. Matz, der Gesandte Chiles in Frankreich, wird sich nach Bern begeben, um offiziell den Bundesrat zu bitten, die Streitfrage zwischen Chile und Peru zu entscheiden.

Kaiserreise. Die Bundesräte Schent, Frey und Ladener sind zur Begrüßung des deutschen Kaisers abgeordnet. Dieselben werden vom Chef des Generalstabes und einigen anderen Offizieren begleitet werden. Der Ort der Begrüßung ist noch nicht bestimmt.

Frankreichschweizerischer Handel. Der "Bund" meldet: Man erzählt sich in Bern, der Professor der Nationalökonomie einer schweizerischen Universität sei anlässlich seines kürzlichen Aufenthaltes in Paris von einigen der Regierung nahestehenden Personen angegangen worden, ein Memorandum über die schweizerisch-französischen Handelsbeziehungen auszuarbeiten, da viele Deputierte und die große Masse des französischen Volks hierüber ganz irriige Meinungen hegen.

Vor allen soll darin betont werden, daß der § 11 des Französischer Vertrages hier nicht in Frage komme, da die Schweiz meistens andere Artikel als Deutschland nach Frankreich exportiere und die schweizerischen Ausfuhr von Frankreich gewährten Vergünstigungen also nicht oder in sehr geringem Maße Deutschland zu gute kämen.

Berner Oberlandbahnen. Der Verwaltungsrat hat den 12. d. beschlossen, der Aktionär-Versammlung zu beantragen, pro 1893 keine Dividende zur Verteilung zu bringen.

Schweiz. Coiffeurs und Girurgen-Verein. Montag den 17. und Dienstag den 18. April findet im Gasthof zum "Widemann" in Aarau die 6. schweizerische Delegierten-Versammlung des schweizer. Coiffeurs- und Girurgen-Vereins statt, an welcher wieder wichtige Fragen zur Verhandlung kommen werden.

Luzern. Aus dem Regierungsrat. Der unter dem 19. März abgelaufenen Beschlusses des Hrn. Johann Golliter, Kirchenrat in Doppelchwand, zum Mitglied des dorthigen Gemeinderates und Malenost wurde die Genehmigung erteilt, ebenso der am gleichen Tage in Gressen erfolgten Wahl des Hrn. Alois Fieberer zum Erasmann der dorthigen Korporationsverwaltung. — Das Erziehungs-Departement wurde beauftragt, im laufenden Jahre durch

die Amtsgeschäften einen außerordentlichen Unterfuch der Kircheneinnahmen vornehmen zu lassen und über das Resultat dieses Unterfuchs dem Regierungsrat Bericht zu erstatten. — Hr. S. Dammann in Wetzikon wurde als Kirchenschatzmeister Mitglied von Wetzikon entlassen und die dortige Kirchenverwaltung mit der Anordnung der Kirchenschatzmeister beauftragt. — Der Wahlverfahren der Korporationsgemeinde Sursee vom 26. März ab, bei welcher Hr. Georg Gschwandtner, Vorstand, zum Mitglied der Korporationsverwaltung und Wilmundteller und Hr. Jos. Zuffenauer zum Vorsitzenden gewählt worden ist, wurde die Genehmigung erteilt. — Als Bezirkspolizei-Inspektor von Wetzikon wurde Hr. Gemeindevorstand Hodel und als Bezirkspolizei-Stellvertreter Hr. Verwalter Kurmann dafelbst gewählt. — Hr. Leony Kaufmann in Wetzikon wurde als Mitglied des dorthigen Gemeinderates und Verwalter entlassen und die dortige Kirchenschatzmeister auf Sonntag den 30. d. d. angeordnet. — Hr. Gemeindevorstand Ulrich in Triengen wurde als Bezirkspolizei-Stellvertreter von Triengen entlassen und Hr. Sekretär Peter Meyer als solcher gewählt.

Gesellschaftsliste. In einem Refersat hat der Regierungsrat entschieden, daß dem Statut von Luzern das Recht zustehe, als Ortspolizeibehörde die gut findenden Maßnahmen zu treffen zur Einschränkung der Gesellschaftsliste (Zettelauten etc.) auf den öffentlichen Straßen und Plätzen der Stadt.

Zum Stellvertreter des Gemeindevorstandes wurde Hr. Reg.-Rat Düring gewählt.

Beim Bundesrat wurde von der Regierung um Subventionierung des Neubaus der Straße Wiggensbach-Schöngau nachgesucht.

Landjäger Justin Hinnen von Triengen wurde zum Polizeikorporal befördert.

Der deutsche Kaiser wird am Morgen des 2. Mai gegen 6 Uhr in Luzern eintreffen; sein Aufenthalt dafelbst dürfte 2 bis 3 Stunden dauern. Zu seiner Begrüßung werden vom Bundesrat abgeordnet: Bundespräsident Schent, Oberst Frey, Vizepräsident des Bundesrates, und Ladener, Vorsteher des Departements des Auswärtigen.

Roggenmilch. Letzten Sonntag entfiel im sog. Hornbalm ein Waldbrand, der bei dem starken Wind leicht eine bedeutende Ausdehnung hätte gewinnen können. Durch kräftiges Eingreifen konnte dem Feuer Einhalt getan und der Schaden auf ein geringes Maß eingeschränkt werden.

St. Niklaus. Die Bau- und Spargenossenschaft in Zürich hat ein 6000 m² großes, schön gelegenes Bau terrain an der Sonneggstraße (Oberstr.) gekauft. Es sollen darauf Häuser mit Wohnungen von drei und vier Zimmern gebaut und billig vermietet werden.

Am Samstag wurde Frau Schen im Grundhof Wädwil aus der Unterdrückungshaft entlassen; die geführte Untersuchung brachte deren völlige Unschuld an der Ermordung ihres Mannes an den Tag. Der Bruder des Ermordeten ist immer noch in Verhaft.

Bern. Der Befehl des Hrn. Bundesrat Ruchonnet soll leider sehr zu wünschen übrig lassen und zu ersten Verhätungen Anlaß geben.

Schwyz. In der Stadt herrscht die Influenza in allen Dörfern und spricht bereits auch in andern Gemeinden des Kantons.

Solothurn. Ditten ist ein rühriges Gemeinwesen. In fast jeder Gemeindeversammlung ist der Bau einer Turnhalle, deren Kosten auf 51,000 Fr. veranschlagt sind, beschlossene worden, ebenso die Errichtung eines Abfonderungsaufbaues für anstehende Krankheiten im Voranschlag von über 10,000 Fr., woran der Bund einen Beitrag von 4-5000 Fr. leisten wird.

Delsbühl. Eine sozialdemokratische Parteiversammlung beschloß für die bevorstehenden Grossratswahlen vollständige Listen aufzustellen und zwar gemischt, proportional der Stärke der Parteien. — Für die Regierungsausschüsse werden vier bisherige und drei neue Mitglieder portiert; neu die Hrn. D. Huber, Reallehrer Schär und ein noch zu bestimmender Sozialdemokrat.

Appenzell A. A. In der letzten Sitzung des Regierungsrates kam eine Diferre des Hrn. Kaufmann A. Schlegel in St. Gallen zur Verhandlung, wonach sich derselbe anbietet, der Bundeskasse 100,000 Fr. gegen eine 3/4-% Verzinsung zu übergeben, welche Summe allernächst dem Wohlthun des Oberrheinischen Fremderfahrungen-Fonds zufließen soll. Von da ab würde auch die Verzinsung aufhören. Der Regierungsrat hat das Gesuch unter gebührender Verhandlung angenommen.

St. Gallen. Nachdem gegen das vom Großen Rat in seiner letzten Session erlassene Gesetz über die Stempelabgaben das Referendum nicht ergriffen worden ist, wird dasselbe als in Kraft getreten und mit dem 1. Mai nächsthin vollziehbar erklärt.